

Bezugspreis:
Hftw. 1.00, monatl. 3.00,
Jahres 36.00, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komposition
kostet 2.- M., ...

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 26. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Gesamtrücktritt der Reichsregierung.

Hermann Müller mit der Kabinettabildung beauftragt.

Die Rekonstruktion des Kabinetts Bauer ist an der
Schiffer-Frage, die gestern abend auftauchte, gescheitert.

Für diejenigen, die die tolen Märztage von 1920 in
Berlin miterlebt haben, bestand von vornherein kein Zweifel
daran, daß nach so schweren Erschütterungen ein Wiederauf-

Hermann Müller hat nun auf einstimmigen Wunsch
der Fraktion das schwierige, durch nutzloses Säubern er-

Der Weg, den Müller zurückzulegen hat vom erteilten
Auftrag bis zu seiner Ausführung muß durch die schwersten
Hindernisse gebahnt werden.

Aber es ist schon zum Teil kostbare Zeit verloren, und man
wird nun hoffentlich auf allen Seiten einsehen, daß nicht noch
lange verhandelt werden kann, daß gehandelt werden muß.

Ueber die Gestalt des Kabinetts Hermann Müller kann
in diesem Augenblick noch nichts gesagt werden, steht doch
noch nicht einmal fest, ob seine Mission gelingt.

Da die Bedenkslichkeiten der Unabhängigen die Bildung
einer solchen Regierung sehr erschweren, so wird man schon
zufrieden sein müssen, wenn ein neues Kabinett aus zube-

Das preußische Ministerium.

Nach erneuter Beratung hat die sozialdemokratische Fraktion
der preußischen Landesversammlung am Freitag mittag
beschlossen, definitiv folgende Ministerliste zu präsentieren:

- Präsidentium: Gräf,
Landwirtschaft: Braun,
Unterricht: Haensch,
Inneres: Krüger,
Finanzen: Lüdemann.

Genosse Gräf-Frankfurt, der als Ministerpräsident
vorgeschlagen wird, war bisher der Vorsitzende der sozial-

Der Anstoß zu dieser Wendung zum Besseren ist von
zwei Seiten aus gegeben worden. Einmal hat die Schiffer-
Krise dazu geführt, da die Demokraten aus verfassungs-

Das Reichsaufbauministerium.

Verschiedene Blätter brachten die Meldung, daß zum
Reichsaufbauminister Genosse Hermann Lüdemann
berufen worden sei. Hierzu können wir auf Grund zuver-

Ein militärisches Säuberungsprogramm.

In einer Sitzung, bei der zugegen waren Vertreter der sozial-
demokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlin, des Republi-

rischen Dienststellen bis hinab zu den Bataillonsstäben.
Den Zivilkommissaren steht das Einspruchsrecht in allen Dingen
mit sofortiger Wirkung zu.

Blinder Alarm.

Es unbedeutend notwendig es ist, auf die Truppen, die in den
entscheidenden Tagen verlegt haben und insbesondere auf die
P. 1. 1. 1. ein wachsames Auge zu haben, so ist doch mit der
Vorbereitung übertriebener oder falscher Gerüchte der Sache nicht
dienlich.

Die Feststellung der Verbrecher.

Halle, 26. März. (Eig. Drahtber. des „Vorw.“) Heute
findet in Halle im großen Stadtverordnetenkollegium eine
eingehende Beratung über die Schuld der Halleischen Gar-

Die unliebsamen Gäste.

Hamburger Erregung über die Baltikumter.
Hamburg, 26. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“).
Die Ereignisse in und um Hamburg geben teilweise zu Befürchtungen
Anlaß, von denen man noch nicht weiß, ob sie auch wirklich be-

Der Befehl des Oberst Ledebour, wonach das 2. Btl. des
Reichswehrregiments 18 aus dem Hochfelder Lager verlegt werden
sollte, ist bereits ausgeführt, da der Befehl im Auftrage des Gener-

Sicherheitswehr jetzt nur noch das 1. Bataillon des Regiments 18, das 600 Mann stark ist und sehr zuverlässig sein soll. Es würde die ganze Sachlage in Hamburg wesentlich klären, wenn dieses Bataillon in die Sicherheitswehr übernommen werden könnte.

Der Schutz der Republik.

Der Republikanische Führerbund erläßt folgenden Aufruf: Der republikanische Führerbund hat sich im Augenblicke höchster Gefahr rechts für den Schutz der Republik eingesetzt. Ihm ist es zum großen Teil zu verdanken, daß die Sicherheitswehren sich nicht von gewissenlosen Elementen und sofort planmäßig einsetzender Heere zum Sturz der Verfassung und Errichtung einer Militärdiktatur mißbrauchen ließen. Der Bund hat in diesen ersten Tagen fieberhaft bei Tag und Nacht gearbeitet, um seinen ungarischen Terror aufzuhalten zu lassen.

Seine unangenehmen Warnungen vor den allen deutschen Vorbereitungen zu dem Versuch, die Monarchie auf gewaltsamem Wege wieder zu errichten, wurden leider von den maßgebenden Stellen nicht beachtet. Vielmehr gelang es — dank der Unachtsamkeit gewisser Regierungsmitglieder — auf dem Boden der Republik stehende Offiziere und Mannschaften systematisch aus den Truppenteilen zu entfernen.

Jetzt beginnt man einzusehen, daß nur eine verlässliche republikanische Truppe, die es versteht, im Interesse der öffentlichen Sicherheit sich die Sympathie der Bevölkerung zu erwerben, tatsächlich in der Lage ist, Ruhe und Ordnung zu verbürgen.

Der Republikanische Führerbund hat bereits wirksam begonnen, eine auffällige Tätigkeit in diesem Sinne zu entfalten. Die Mittel für die Zwecke der Aufklärung sind vor und während des Putzsches durch unsere Mitglieder aus eigener Kraft aufgebracht worden. Diese Beträge sind jetzt aufgebraucht und wir bitten daher um weitestgehende Unterstützung aller Kreise, die an der Aufrechterhaltung eines geordneten wirtschaftlichen und politischen Lebens interessiert sind. Auch der kleinste Beitrag ist willkommen.

Beitrittsgebühren bitten wir schriftlich oder persönlich an die Geschäftsstelle des Republikanischen Führerbundes, Berlin NW. 6, Luisenstraße 81 b, Zimmer 12, zu richten. Geldspenden dem Postkontokonto: Kassenabteilung des Republikanischen Führerbundes Fritz Doering, Berlin NW. 7, Nr. 76 135, zu überweisen.

Zur sofortigen Durchführung der notwendigen militärischen Umgestaltungen und Reformen ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Republikanischen Führerbund und dem Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten einerseits, dem Republikanischen Führerbund und der während der Narben in Berlin entstandenen Republikanischen Freischar Groß-Berlin andererseits zustande gekommen. Der Zweck ist die Errichtung einer republikanisch zuverlässigen und gleichzeitig militärisch tüchtigen Wehrmacht und Sicherheitspolizei für das Deutsche Reich im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen.

Absage an die studentischen Gegenrevolutionäre.

Die unterzeichneten Vertreter der studentischen Gruppen der Berliner Hochschulen erklären:

1. daß sie das Eintreten weiterer studentischer Kreise für die Kappische Reaktion auf das schärfste verurteilen.

2. daß sie jederzeit die verfassungsmäßige Regierung unterstützen haben und mit den Waffen für sie eintreten werden.

Für die Zentrumsguppe: Für den demokratischen Studentenbund: gez. Schulze. gez. Kommissen.

Für den sozialistischen Studentenbund: Für die jüdische Gruppe: gez. Nam. gez. Littwitz.

Für die Kriegsteilnehmer-Fraktion: Für die sozialistische Fraktion: gez. Straßer. gez. Kruse.

Für die freideutsche Gruppe: Für den republikanischen Hochschulbund: gez. Raemisch. gez. Proffe.

Als Mitglieder des Ausschusses der Studentenschaft: gez. Glasen. gez. Herzbach. gez. Raemisch.

Im Anschluß hieran geht und folgender Aufruf zu: Republikanische Kommission!

Die Republik, die Freiheit hat gesiegt! Jetzt aber gilt es für alle Zukunft derartige Verbrechen an unserem Volk

unmöglich zu machen, um die erzwungenen Freiheiten zu sichern und zu erweitern. Vor allem heißt es jetzt dafür Sorge tragen, daß der Geist der Republik und die Freiheit tatsächlich der herrschende werde und bleibe. — In ganz besonderer Weise gilt dies für den Geist in der bewaffneten Macht. Nie mehr darf diese ein willkürliches Werkzeug sein noch werden in der Hand unzuverlässiger Anarchisten und offener Einbrecher!

Darum fordern die Unterzeichneten alle Kommissionen, die auf republikanischem und freiheitlichem Boden stehen, auf, gemeinsam mit der organisierten Arbeiterschaft unermüdet in die Reihen der bewaffneten Macht zu treten, sei es für längere oder kürzere Zeitdauer, sei es für Vollzeit oder als Zeiteinwilliger, damit die Wehrmacht der Republik eins endlich wird mit dem längst eindeutigen Willen des Volkes!

Republikanische Kommissionen, zeigt, daß auch unter uns Studenten das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der überwältigenden Mehrheit des Volkes lebt, daß auch unter uns solche sind, die kämpfen wollen:

Für die Demokratie, für die Republik, für die Freiheit!

gez. Schuppe (Vorsitzender der studentischen Zentrumsguppe), gez. Ernst (Vorsitzender des demokratischen Studentenbundes), gez. Kruse (Führer der sozialistischen Studentenfaktion), gez. Straßer (Führer der Kriegsteilnehmer-Fraktion), gez. Proffe (Vorsitzender des republikanischen Hochschulbundes), gez. Raemisch (Fraktionsführer der freideutschen Gruppe), gez. Lebr (Mitglied des sozialistischen Studentenbundes).

Die Reichstagswahlen.

Nur keine Bedenken!

Der Mitteilung eines Berliner Mittagsblattes zufolge soll in den Besprechungen der Reichsparteien der Wunsch zum Ausdruck gekommen sein, die Neuwahlen noch nicht, wie angekündigt, im Juni, sondern erst zu einem späteren Termin, nämlich im Frühherbst, stattfinden zu lassen.

Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, diese Weisung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, möchten aber nicht verfehlen, schon jetzt vor derartigen Experimenten nachdrücklich zu warnen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Parteien sich durch die Erklärung, die Neuwahlen spätestens im Juni stattfinden zu lassen, verpflichtet haben, würde eine Verschiebung des Wahltermins in weitesten Kreisen der Bevölkerung schwere Verunsicherung hervorrufen. Darüber verzeihe man nicht die tatsächlichen Umständen, die eine baldigst stattfindende Wahl gewährt. Noch steht das gesamte Volk unter dem frischen Eindruck des von den Kapitulanten an ihm begangenen Verbrechens, noch ist keine alldeutsche und nationalistische Gesinnung imstande, über die wahren Urheber dieses Verbrechens hinwegzutäuschen; vergessen wir aber nicht, daß die zurzeit geschlossene Reaktion bis zum Herbst mit der ihr eigenen Frechheit erneut das Haupt erheben wird.

Kappisten überall!

Wie uns aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, fand sich einer der Leiter des genannten „Vollständigen zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ und der „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener“, der Rittermeister Freiherr v. Dornier, bald nach dem Putzsch bei Kapp ein, um ihm zu versichern, daß die ehemaligen Kriegsgefangenen auf dem Boden der neuen Verhältnisse stehen. Welche Gegenleistungen Kapp in Aussicht gestellt hat, ist uns nicht bekannt. Das Ergebnis der Unterredung war aber, daß Kapp dem Vollständigen und der Reichsvereinigung gestattete, durch WZV, einen Aufruf an die ehemaligen Kriegsgefangenen herauszugeben, der ganz im Sinne des Kapp gehalten war. — Es ist nicht das erstemal, daß der Versuch gemacht wird, die ehemaligen Kriegsgefangenen gegen die rechtmäßige Regierung mobil zu machen. Diese werden hoffentlich die richtige Antwort auf die durchsichtigen Anbiederungsversuche finden!

Deutschland und Frankreich.

Eine Programmrede Barthous.

Paris, 25. März. (WZV.) Die französische Kammer ist nachmittags 4 Uhr in die Verhandlung der vorliegenden 14 Interpellationen über die auswärtige Politik eingetreten. Das Haus ist gut besetzt. Jaurès erhält das Wort Abgeordneter Louis Barthou. Er führte u. a. aus:

Das französische Volk sei nicht militaristisch. Während 43 Jahren habe es die gereinigten und legitimen seine Forderungen im Interesse des Friedens gepflegt und nach 1914 habe es keine Eroberungspolitik getrieben. Barthou erinnert daran, daß die Kommission, die den Friedensvertrag durchberaten habe, sich von jedem Militarismus ferngehalten hätte. (?) Es gebe in Frankreich weder eine Militär- noch eine Zivildiktatur. Der Glaube des Publikums in die Güte des Friedensvertrags von Versailles habe abgenommen. Das läßt von dem Widerstand, den Deutschland der Ausführung des Friedensvertrags entgegensetze und von den unvorhergesehenen Schwierigkeiten, die Frankreich bei seinen Alliierten und seinen Freunden erfahre. Es sei Aufgabe der Kammer, das Minimum von Garantien zu verlangen, das der Friedensvertrag enthalte. Er habe Deutschland verprügelt und unter Bedingungen, die es nach 1871 nie gekannt habe, (Weisfall.) Staaten wie Bayern hätten keine diplomatische Vertretung mehr, und der Vertrag habe die diplomatische und militärische Einheit Deutschlands gestärkt. Es wäre eine Dummheit und eine Unmöglichkeit, Deutschland vernichten zu wollen. Man müsse Deutschland gegenüber die Politik der Billigkeit betreiben, die in den Friedensvertrag eingeschrieben sei. Das müsse man tun aus Gerechtigkeit und aus Interesse. Die Alliierten wünschten, daß Deutschland gebehe wie die anderen Völker, vorausgesetzt, daß ein Teil dieses Wohlstandes dazu diene, die Schäden, die es verursacht habe, wieder gutzumachen. Er bedauere, daß von seiten gewisser Alliierten gewisse Milderungen des Vertrages gekommen seien, namentlich in betreff der Verfolgung der Beschuldigten.

Alle Delegierten und in Frankreich alle Parteien wollten die Aburteilung des Kaisers verlangen. Die moralische Notwendigkeit dieser Gerechtigkeitspflicht sei nicht von Frankreich ausgegangen, sondern von jenseits des Kanals. Barthou erinnert an die Wahlsreden Lloyd Georges und sagt, die englischen Zeitungen hätten sich über Frankreich und Belgien lustig gemacht, weil sie die Aburteilung und die Auslieferung von etwa 100 Generalen und Staatsmännern verlangt hätten. Habe nicht England die Aburteilung von Admiralen wie Tirpitz und von Capelle verlangt? Sei England allein es gewesen, das die Folgen des Unterseebootkriegs, dieser Barbarei, zu erdulden gehabt habe? Seien neun der französischen Departements nicht zerstört und gemartert worden? Habe Frankreich nicht die gleichen Rechte, zu sprechen wie England? (Weisfall.) Seien nicht von den Sozialisten der französischen Kammer aus die heftigsten Proteste gegen die Deportierung in den Norddepartements erhoben worden? Habe Frankreich nicht die gleichen Rechte wie England, die Auslieferung der verabscheuungswürdigen Generale zu verlangen, die diese Deportierungen befohlen hätten? Habe Belgien nicht das Recht, die Aburteilung des Kommandanten von Ghiffon zu verlangen, genau wie England, das die englischen Staatsmänner reklamieren? (Weisfall und Lachen.) Während mehr denn einem Jahre hätten die energischen Drohsatzen der Alliierten, die in betreff der Entwaffnung und der Auslieferung gestellt worden seien, die Unterschrift von Clemenceau und nachher die von Millerand getragen? In beiden Fällen habe es sich um die Unterschrift der französischen Regierung gehandelt. Die Ungewissenheit jedoch trügen die Unterschrift der englischen Regierung. (Beiwegung.)

Heeresverminderung in Italien.

Raildon, 26. März. Laut „Corriere della Sera“ hat der italienische Kriegsminister die Entlassung der Jahressklasse 1897 und zahlreicher Offiziere verfügt. Es werden ungefähr 100 000 Mann und 6600 Offiziere entlassen.

Der Geschichtsunterricht im neuen Deutschland.

Von Oberlehrer Dr. Erich Witte.

Der Kampf gegen die Feinde der sozialen Republik muß — das hat die Wirklichkeit genügend bewiesen — vor allem auch in der Schule geführt werden. Eine gründliche Reform des Geschichtsunterrichts, besonders auch in den höheren Schulen, ist eine der dringlichsten Aufgaben des Tages.

Durch einen Erlass des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist bestimmt worden, daß die bisher gebräuchlichen Lehrbücher für Geschichte, da sie den jetzt zu stellenden Anforderungen nicht mehr entsprechen, im Klassenunterricht nicht mehr benutzt werden dürfen, und daß ihre Anschaffung von den Schülern und Schullehrern nicht mehr verlangt werden kann.

Der Grund ist ein zweifacher. Erstens soll die Jugend jetzt in republikanischem Geiste erzogen werden, und zweitens soll der Geschichtsunterricht im Sinne der Völkerverständigung gegeben werden. (Art. 148 d. Reichsverf.) Das heißt, er soll nicht dazu gebraucht werden, nur die Machtpolitik zu verherrlichen. Das bisherige geschieht ist, daß wir uns zwei Beispiele anführen, nämlich die Art, wie Friedrich der Große und Bismarck in den Schulgeschichtsbüchern dargestellt werden. Wenn ich gerade diese beiden Männer wähle, so geschieht dies deshalb, weil nach der allgemeinen Auffassung der eine als der größte preussische König und der andere als der größte deutsche Staatsmann gilt. Durch die siegreichen Kriege Friedrichs des Großen, besonders durch den Siebenjährigen, ist Preußen eine Großmacht geworden, das ist der Gedanke, der in den Geschichtsbüchern direkt oder indirekt zum Ausdruck gebracht wird. Dabei ist es aber nicht wegzuleugnen, daß er an den Kriegen schuld ist. Ob er den Siebenjährigen Krieg gewollt hat oder ob er seinen Feinden, von deren kriegerischen Plänen er gebürt hatte, nur zuvorzukommen, ist ein Streitpunkt. Tatsache ist es aber, daß der Siebenjährige Krieg nur durch die beiden ersten Schlesiens Kriege möglich war, da Maria Theresia Schlessen zurückerobern wollte. Dadurch, daß Friedrich den ersten dieser Kriege begann, ist er schuld an dem Elend, das über Preußen und einen Teil Deutschlands hereinbrach. Die Freude, meinen Namen in den Zeitungen und nachher in der Geschichte zu lesen, hat mich verführt“, hat er selbst an einem Abend geschrieben. Ist das nicht eine Verherrlichung der Machtpolitik?

Rechtlich steht es mit Bismarck, der im Jahre 1848 seinen Einfluß geltend machte, um das Zustandekommen eines einheitlichen Deutschlands auf friedlichem Wege zu verhindern, es dann aber durch die Machtmittel eines Verfassungsbruchs und mehrerer Kriege schuf. Es steht bei dem Verfassungskonflikt der Jahre 1862 bis 1866 die Macht über das Recht. Daraus ist dann von den zünftigen Historikern der Schluß gezogen worden, daß der geschichtliche Verlauf der Fortschrittspartei mit ihrer Opposition gegen Bismarck Unrecht gegeben hätte. Diese Ansicht hat aber verhängnisvoll auf einen großen

Teil unserer Generation gewirkt. Denn Vertragsbruch und Verfassungsbruch wurden dadurch gebilligt. „Rot kennt kein Gebot“, sagte Bethmann Hollweg am 4. August 1914, und man jubelte ihm zu. Das heißt aber mit anderen Worten: Der Zweck billigt das Mittel. Da ferner die Verwirklichung eines langersehnten Zieltes, nämlich die Schaffung eines einheitlichen Deutschlands, nur durch Kriege erreicht wurde, bürgerliche sich bei einem Teile des deutschen Volkes der Glaube ein, daß der Krieg der Hauptbedingung der geschichtlichen Entwicklung sei. Denn wie man auch über die Entstehung des deutsch-französischen Krieges der Jahre 1870/71 denken mag, so ist es doch Tatsache, daß die Kriege von 1864 und 1866 von Bismarck gemocht sind. Eine ganze Schule von Geschichtsschreibern bildete sich nun, um seine Taten zu feiern. Dadurch, daß sie auch in diesem Licht im Geschichtsunterricht dargestellt wurden, wurde dieser zu einer Verherrlichung der Machtpolitik. Friedrich Paucker sagt in einem Aufsatz: „Politische Fragen sind Reichstagen, so dachte das Naturrecht des 18. Jahrhunderts, so dachte der vorläufige Liberalismus, so glaubten die Achtundvierziger und setzten ihre Hoffnung auf die siegreiche Kraft der Ideen. Politische Fragen sind Reichstagen, so sprach es Bismarck mit schneidender und verletzender Schärfe aus, und da ihm die Geschichte Recht gegeben hat, so denkt das deutsche Volk, wie jedes Volk, den jüngsten Erfahrungen am meisten traugend, nunmehr, wie er es gelehrt hat, vielsach bis zur äußersten Einseitigkeit.“ Gewiß haben sich viele später von den ihnen im Geschichtsunterricht beigebrachten Anschauungen wieder abgewandt. Aber gerade die Bildungsjahre glaubten an Blut und Eisen, verhöhten unablässig den Weltfrieden und die Weltverständigen.

Unter den Geschichtsschreibern ist es besonders Treitschke, der verhängnisvoll gewirkt hat. Er feiert den Sieg der Macht über das Recht, nennt den Gedanken des ewigen Friedens ein „unmögliches und zugleich unsittliches Ideal“, bezeichnet den Krieg als „eine von Gott eingesetzte göttliche Ordnung“. Seine deutsche Geschichte ist aber von vielen Geschichtsschreibern studiert worden, in seinem Geiste sind die Schulgeschichtsbücher verfaßt worden.

Nach dieser Darstellung ist es nicht zu verwundern, daß Kriege und Schlachten in den Geschichtsbüchern ausnahmslos behandelt werden. Kulturgeschichte aber nur ganz kurz. Als Beispiel führe ich das an vielen höheren Schulen eingeführte Geschichtsbuch von Neubauer an. Vor mir liegt eine Bearbeitung für Mädchen Schulen von Bayer. In dem ersten Teile (Ausgabe B, 9. Auflage, 1913) werden z. B. den Kriegen Cäsars, Karls des Großen und Friedrichs des Großen je zwei Seiten, dem Krieg 1870/71 sogar sechs Seiten gewidmet, aber der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands von 1871 bis 1888 nur $\frac{1}{4}$ Seiten, und der von 1888 bis 1913 sogar nur eine halbe Seite.

Eng verbunden ist hiermit auch eine Verteidigung, wenn nicht gar Lobpreisung der Annektionspolitik. So werden die Teilungen Polens, die im Auslande der schärfsten Kritik unterzogen werden, in deutschen Schulgeschichtsbüchern damit gerechtfertigt, daß Polen sich nicht selbst regieren konnte. Wenn aber ein Gutdiesiger kein Gut nicht selbst verwalteten kann, folgt daraus schon für seine Nachbarn das Recht, sich das Gut zu teilen? Und welcher Verfasser von Schulgeschichtsbüchern hätte es wohl gewagt, die

Annektion Elbisch-Lothringens durch Bismarck im Jahre 1871 einer Kritik zu unterwerfen? Es galt als eine seiner größten Ruhmes-taten, diese beiden Provinzen, da sie uns vor mehr als 200 Jahren geraubt worden seien, wieder mit Deutschland vereinigt zu haben. Daß er vorher eine Volksabstimmung hätte vornehmen sollen, hätte nur ein weisender Schwärmer annehmen können. Daß diese gewalttätige Einverleibung aber ein geschichtliches Unrecht gewesen ist, hat Graf von Groddeck-Ranyau im Februar 1919 in der Nationalversammlung ausgeprochen.

Daher lautet die wichtigste Forderung für den Geschichtsunterricht: „Keine Verherrlichung der Machtpolitik. Kürzere Behandlung der Kriege. Aufklärung über das Kulturwidrige derselben.“ Bei der Durchführung dieser Forderung soll der Jugend das gewalttätige Elend nicht vorhalten werden, das sie im Gefolge haben. Die zwei Millionen Toten, die wir im Weltkrieg verloren haben, sollen im Geschichtsunterricht ihre Stimmen aus dem Grabe ertönen lassen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen sollen unseren Schülern wahrheitsgetreu geschildert werden. Das ist die beste Bekämpfung eines Revandagedankens.

Man wird alles dies der Jugend im Geschichtsunterricht nicht darbieten können, ohne ihr Verständnis für die internationalen Schiedsgerichte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Völkerbund beizubringen. Selbstverständlich meine ich einen wirklichen Völkerbund, in dem alle Nationen gleichberechtigt sind, nicht das von Clemenceau und Lloyd George entworfene Herrbild eines solchen. Von solchen großen völkerrechtlichen Fragen ist aber in keinem Schulgeschichtsbuche die Rede. Die alte preussische Unterrichtsverwaltung war eifrig darauf bedacht, den Schülern solche Dinge vorzuenthalten, da sonst die Gefahr vorlag, daß sie dem Militarismus entfremdet werden könnten, also dem Prinzip, nach dem die sich auf das Militär stützende politische Macht vor Recht geht.

Geschichtsunterricht in dem in diesem Aufsatz angegebenen Sinne zu geben, muß aber das Ziel der Geschichtslehrer im neuen Deutschland sein. Vielen wird es aber unmöglich sein, da sie nicht plötzlich ihre Anschauungen wechseln können, da sie nicht heute verheerlichen können, was sie gestern verdammt haben, und heute verurteilen können, was sie gestern verehrt haben. Ich habe vor meinen Kollegen, die so denken, die größte Hochachtung. Sie sollten aber daraus die Konsequenzen ziehen und den Geschichtsunterricht, zum mindesten in der neueren Geschichte, anderen überlassen. Da nun aber die alten Geschichtsbücher noch nicht umgearbeitet sind, müßte der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Richtlinien für den Geschichtsunterricht veröffentlichen und diese zur Hochachtung empfehlen. Denn durch das jetzige Verbot ist ein Vakuum entstanden.

In der Staatsoper wird Montag, den 29., „Der Waffenschild“ als Volksoper zum Ertrag für die angefallene Verletzung gegeben. Ludwig Hardt gibt seinen letzten Abend Sonntag in der Berliner Segeffion.

Gaumanns neues Drama: „Der weiße Heliand“ kommt am Sonntag im „Großen Schauspielhaus“ zur Aufführung.

Appell an die Reichsregierung und die Regierungen der Freistaaten.

Ein einer mitteldeutschen Regierung angehörender Genosse richtet folgenden Appell an die Reichsregierung und die Regierungen der Freistaaten:

Es ist die höchste Zeit, darauf hinzuweisen, daß die militärischen Reaktionen neuerdings ihre politische Niederlage durch eine umfassende verlogene Zerschlagung der maßgebenden staatlichen Faktoren und der öffentlichen Meinung abzuschwächen wie nicht gar faktisch unwirksam zu machen suchen. U. a. gibt sich dieses Bestreben kund in einer starken Forderung der Presse mit falschen Nachrichten über den Charakter der durch das Berliner Vorkämpferecht ausgeübten Aktionen, die man samt und sonders als „spartakistische“ bzw. „bolshewistische“ zu verächtlichen sucht, um so einen Teil des Entrüstungssturmes gegen die Militaristen von diesen abzulenken.

Der Versuch, alle diejenigen, die auf Entlassung der reaktionären Truppenteile und Befreiung der hochverräterischen Offiziere bringen, als Spertakisten zu brandmarken, ist eine politische Falschmünzerei schlimmster Art. Viele von denen, die auch nach dem Rückzuge der Regierung Kapp-Lüttich noch an Kämpfen gegen reaktionäre Truppen teilnahmen, sind von jedweden kommunistischen Zielen weit entfernt. An einer Reihe von Orten kämpften Reichheitssozialdemokraten und U.S.P.-Leute nur deshalb weiter, weil man der Reichsregierung nicht die Kraft und Energie zutraut, die unumgänglichen Reinigungs- und Bergeilungsmassnahmen gegenüber der Reaktion durchzuführen. Unter Verkennung der durch den Rücktritt der Kapp-Lüttich veränderten politischen und rechtlichen Situation will man, um sicher zu gehen, die Ausführung jener Massnahmen selbständig betreiben.

Die Staatsregierung, der der Verfasser dieses Appells angehört, hat ihre Einmahnerwehren reiflich davon überzeugt, daß eigenmächtige Aktionen, die über die Landesprovinzen hinausgreifen, so lange rechtlich unstatthaft sind, bis die Reichsregierung ihr Unvermögen erklärt oder erwiesen hat, die von den Massen des deutschen Volkes für die Reichsregierung verlangte Remedur zu bewerkstelligen. Es muß erwartet werden, daß die Reichsregierung sich endlich dazu aufrafft, gegen die militäristischen Brandstifter erbarmungslos einzuschreiten, die Rechtswidrigkeit mindestens ebenso scharf anzufassen, wie man solche der äußersten Linken zu behandeln pflegt. Die Reichsregierung soll erklären, ob sie so verfahren will bzw. ob sie die Macht hat, ihren Willen der Militärverwaltung und den reaktionären Truppenformationen aufzuzwingen. Im Falle einer verneinenden Antwort wäre dann ein Appell an die Arbeiterschaft zu wirksamer Hilfeleistung nötig und erfolgversprechend. Es muß verhindert werden, daß die verfallenen Drahtzieher des Militarismus unter der Maske von Kämpfern gegen den Bolshewismus Volk und Regierungen täuschen, sich so aus der Vorkämpferei ziehend, reaktionäre Truppenteile und Truppensführer, auch solche, die nichts für die alte Regierung getan haben, sollten von jeder weiteren Verwendung auch vom Kampfe gegen bolschewistische Kommunisten Kapp und Kär ausgeschlossen werden. Nur so kann eine unsagbare Verwirrung der für die Republik eintretenden politischen Front und ein Bürgerkrieg in Permanenz, dem ein kurzer, weil einiger, geschlossener Vernichtungskampf gegen die Reaktion vorzuziehen ist, vermieden werden. Die freistaatlichen Regierungen werden gebeten, sich diesem Appell an die Reichsregierung möglichst reichhaltig anzuschließen.

Aus dem Reich. Im Engengebirge.

Im nördlichen Engengebirge ist die Abwechsellagerung gegen den revolutionären Anschlag mustergültig durchgeführt worden. Als die Tat der „verloppenen“ Regierung bekannt wurde, gab Genosse Feldmann in Langenbiefau Jettel heraus, die zu einer Wasser-versammlung einluden, und in zwei Stunden waren Tausende von Menschen zusammen, denen Genosse Feldmann die Lage darlegte und die einstimmig den Generalkrieg beschloßen, der eine volle Woche durchgeführt wurde. Der Abschluß wurde in einer Wasser-versammlung von 12 000 Personen vorgenommen. So einmütig, wie der Generalkrieg begannen, so einmütig wurde auch die Arbeit wiederaufgenommen.

Wirtschaft

Die neuen Wirtschaftsführer.

In der Person des Unternehmers vereinigt sich der Wirtschaftsführer und der Kapitalist. Neben ihm spielt in unserer Wirtschaft der Geschäftsführer oder Direktor eine bedeutende Rolle, der als Vortrager von Einzelkapitalisten oder Kapitalisten-Gruppen für diese wirtschaftlich leitende Arbeit leistet, um aus dem ihm anvertrauten Kapital eine möglichst hohe Rente zu erzeugen. Auch eine gemeinwirtschaftlich geleitete, also eine sozialistisch organisierte Wirtschaft, benötigt Wirtschaftsführer, die für diesen Beruf eine besondere wirtschaftliche und technische Ausbildung erhalten und sich ein so großes Maß praktischer Erfahrungen angeeignet haben müssen, daß sie den Produktionsprozeß in allen Einzelheiten übersehen und der Bedarfsdeckung entsprechend zu führen vermögen. Ob eine Unternehmung mit Erfolg arbeitet oder nicht, hängt sehr stark von der Qualität des Wirtschaftsführers ab, denn auch unter ungünstigsten Produktions- und Absatzverhältnissen vermag ein hervorragender tüchtiger Wirtschaftsführer oft noch Erfolge zu erzielen. In Arbeiterkreisen wird bedauerlicherweise die große Bedeutung des Wirtschaftsführers noch vielfach verkannt und fälschlicherweise angenommen, daß es eigentlich gleichgültig sei, ob Müller oder Schulze der Unternehmungsleiter ist.

Die Wirtschaftsführer des Kapitalismus sind, wenn wir von den Protektionskindern absehen, Leute, die von den feinsten Spürnasen des Kapitals herausgefunden werden und die man mit der Zusicherung glänzenden Einkommens anlockt. Sie verlassen die Kollegen, erlösen ihr Solidaritätsgefühl und schlagen sich auf die Seite derer, die ihren Vorteil durch ein möglichst räuberisches Zurückerhalten der Ansprüche der Arbeitnehmer finden. So erfolgt denn auch die Bewertung des kapitalistischen Wirtschaftsführers vonseiten des Kapitals einzig und allein nach den Dividenden, die er herauszuwirtschaften versteht, keineswegs nach seinen sonstigen moralischen Qualitäten. Hier sind wir an dem Abgrund, der so außerordentlich oft in der kapitalistischen Unternehmung zwischen Arbeiterschaft und Wirtschaftsführer liegt.

In der heutigen Wirtschaft ist der Wirtschaftsführer nicht der Vertrauensmann seiner Arbeiter, sondern allein des Kapitals und infolgedessen der Gegner, sogar der Feind der Arbeiterschaft.

In der Gemeinwirtschaft muß aber der Wirtschaftsführer der Vertrauensmann seiner Arbeiter, der Vertrauensmann der Volksgemeinschaft sein. Hieraus ergibt sich für uns die große Aufgabe, für die Gemeinwirtschaft die besorgenen Führer bereitzustellen!

Wir wissen, daß sich zwar viele für sehr tüchtig halten, daß auch viele für sehr tüchtig gehalten werden, oft von solchen, die leider gar nicht befähigt sind, über die wirkliche Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit richtig zu urteilen. Nur Tüchtige können über Tüchtige richtig urteilen!

Wir brauchen daher dringend schon jetzt einen Bund von Führern für die Gemeinwirtschaft. Viele der jetzigen Wirtschaftsführer sind heute bereit finden, sich in den Dienst einer Bewegung zu stellen, die die kommende Gemeinwirtschaft vorbereitet, ist schwer abzuschätzen. Die jetzigen Führer sind, von Ausnahmen abgesehen, Organe des Kapitals, die bezahlt werden, um den Sozialismus niederzuringen. Das beweist ihr Vorgehen gegen sozialistische Arbeiter und Angestellte. Das darf uns aber nicht hindern, diejenigen um unsere Fahnen zu sammeln, die wirklich gemeinwirtschaftlich fühlen und auch zu handeln befähigt sind. Leitende Angestellte, Wirtschaftsführer, wir rufen Euch auf, mitzuarbeiten an dem Neubau der deutschen Gemeinwirtschaft. Und wenn wir Euch auch keine Nieseneinkommen und Lantienen bieten können, so werdet Ihr die Verehrung, die Millionen Proletarierherzen verehrungswürdigen, selbstlosen und treuen Männern immer bezeugt haben, sicher finden.

Die Sozialdemokratie ist heute keine Oppositionspartei mehr, sie trägt mit an der großen Verantwortung vor der Geschichte der Menschheit. Zwar liegt die Entscheidung noch nicht allein bei ihr, weil sie in der politischen Vertretung in der Minderheit ist, trotzdem 75 Proz. des Volkes Lohnarbeiter und Angestellte sind. Gerade deswegen muß alles daran gesetzt werden, das zusammenwachsende Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft auf einem neuen, festeren Fundament aufzubauen. Dieses Fundament muß aber bestehen aus wirtschaftlich geschulten, sich vollkommen verantwortlich fühlenden Arbeitern und Wirtschaftsführern, die auch innerlich Träger der gemeinwirtschaftlichen Wirtschafts- und Weltanschauung geworden sind.

Groß-Berlin

Gasexplosionen in Moabit.

Die Warnungen der Direktion der Städtischen Gaswerke, die äußerste Vorsicht beim Anzünden von Gaslampen empfahlen, sind nicht unbedeutend gewesen. Durch die Einstellung der Rotarbeiten in einzelnen Werken hat sich in den Hauptrohren, welche unter dem Straßenschiff liegen, Luft angesammelt, die sich nun mit dem nachströmenden Siedstoffgas vermischt und das so gefährliche, selbstentzündliche Amalgam bildet. Infolge dieser Erscheinung, die fächerförmig in anderen Stadtteilen noch aufzutreten wird, haben sich heute morgen in Moabit vier Explosionen ereignet, die glücklicherweise kein Menschenleben zum Opfer forderten.

Die erste und schwerste Explosion ereignete sich gegen 8 1/2 Uhr an der Kreuzung der Stromstraße und Alt-Moabit. Dort liegt nahe der rechten Häuserseite das Hauptgasrohr, das unter dem Pflaster in einer Tiefe von etwa drei Metern unter den Straßenbahnschienen verlegt ist. Ein Straßenbahnwagen hatte eben die Kreuzung in schneller Fahrt passiert, als die Explosion erfolgte. Mit gewaltiger Detonation warf das Rohr in der Erde, und der Druck war so gewaltig, daß das Pflaster mit den Straßenbahnschienen über die ganze Straßbreite hinweg aufgerissen wurde. Asphaltstücke und Kieselsteine flogen zum Teil 150 Meter weit durch die Luft, und fast wie durch ein Wunder wurde keiner der zahlreichen Passanten verletzt. Die starken Straßenbahnschienen sind glatt auseinandergerissen. An der Stelle, wo unter der Erde die Explosion erfolgte, hat sich ein großer Trichter gebildet. Die Polizei sperrte sofort die Straße für jeden Verkehr, da es nicht ausgeschlossen ist, daß noch weitere Explosionen erfolgen. Die zweite Explosion, die nur geringen Schaden anrichtete, ereignete sich wenige Augenblicke später an der Ecke Stromstraße. Auch hier wurde das Pflaster aufgerissen. — Ähnliche Explosionen erfolgten an der Embdener Straße und an der Heilandstraße.

Die Direktion der Gasanstalt erklärt, daß infolge der Einstellung der Rotarbeiten in den einzelnen Werken sich fast im gesamten Moabit in Berlin Amalgam gebildet hat, das sich nicht ohne weiteres entfernen läßt. Die Gasanstalten erziehen, daß vorherhand in keiner Wohnung Gas gebrannt werde, da so der Minimaldruck in den Hauptrohren immer tiefer sinkt und die Amalgambildung begünstigt wird. Erst nach Befehlsgebung des Kapitals können Gaslampen und Gaslöcher wieder ohne Gefahr für den einzelnen benutzt werden.

Die Explosion in der Landwitzer Munitionsfabrik hat noch mehr Opfer gefordert, als sich zuerst nach der Katastrophe übersehen ließ. Bis heute haben sich bereits über 100 Personen gemeldet, welche mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. Von der Polizei in Langenbiefau wird der Schaden, den die Explosion in den umliegenden Straßenzügen angerichtet hat, auf etwa zehn Millionen Mark geschätzt.

Die fast unmittelbar an der Unglücksstätte gelegenen Straßen, namentlich die Klud- und die Charlottenstraße, bieten noch heute ein Bild grauenvoller Verwüstung. Man hat den Eindruck, als befände man sich in einer Stadt, die längere Zeit feindlichem Artilleriefeuer ausgesetzt gewesen ist. Über 15 Häuser sind vollkommen abgedeckt und die Dachsparren wie dünne Jaimlatten gestürzt. Die Mauern haben so bedenkliche Risse erhalten, daß die Baupolizei noch heute eine gründliche Prüfung der betroffenen Gebäude vornehmen wird, um festzustellen, ob Einsturzgefahr vorhanden ist. Die Wohnungen bieten ein Bild der Verwüstung. In den beiden genannten Straßen ist auch nicht eine Wohnung unbeschädigt geblieben. Wie ungeheuer groß der Aufstand war, den die Explosion erzeugte, sieht man daraus, daß sechs in den entfernteren Wohnvierteln und Bienen nicht nur die Fenster völlig aus der Mauer herausgerissen sind, sondern auch die Türen. In mehreren Häusern sind die Türen mit Füllung herausgerissen.

Die in Langenbiefau wohnenden Ärzte vermaßen die notwendige Hilfe nicht allein zu leisten. Deshalb entsandte das Charité-Spitals zwei Teams aus zwei Ärzten, die auch heute noch untersucht und Verbände anlegen. Da in den Geschäften, Restaurants und Cafés fast ohne Ausnahme die Scheiben zertrümmert sind und da sich in den Abendstunden Gefährlichkeit bemerkbar machte, das so plündern versuchte, wurde die Gendarmarie der Nachbarorte herangezogen.

Neben die Ursachen der Explosion liegen bis zur Stunde noch keine abschließenden Untersuchungsresultate vor. Heute vor-

mittag traf an der Unfallstelle eine Sachverständigenkommission des Feuerwerkslaboratoriums in Spandau ein, die versuchen soll, festzustellen, ob die Entzündung des Pikrins auf mangelnde Sorgfalt des Personals oder auf eine äußere Einwirkung zurückzuführen ist. Wie die Landwitzer Polizei ermittelt hat, hat sich ein Schornsteinfeger, der zehn holen wollte, in unmittelbarer Nähe der Sprengstoffgrube zu schaffen gemacht. Etwa 2 Minuten später erkrankte am Rande der Grube eine gelbe Stachflamme und wenige Sekunden später erfolgte die Explosion. Diese Vorfälle wurden von dem Kantinenwirt der Fabrik, der sich in unmittelbarer Nähe des Brandplatzes befand, beobachtet. Es ist jedoch vollkommen unwahrscheinlich, daß die Arbeit des Schornsteinfegers an der Grube mit der Explosion irgendwie in Verbindung steht.

Man muß berechtigterweise annehmen, daß sich sowohl die Inhaber der Fabrik als auch der Lieberwärtungsbeamte des Reichsberwertungsamts einer Fahrlässigkeit dadurch schuldig gemacht haben, daß sie die Aufhäufung so großer Pikrinmassen in einer mit Wasser gefüllten Grube duldeten. Pikrin ist bekanntlich ein außerordentlich gefährlicher Sprengstoff, dessen Behandlung von sachverständigen Feuerwerkern stets überwacht werden muß. Es erscheint unverständlich, daß die Fabrikbesitzer in Langenbiefau über alle Vorschriften hinwegsehen und die äußerst gefährliche Anhäufung größerer Pikrinmassen am Rande einer bewohnten Ortschaft geduldet haben.

„Wenn Gott aus der Schule gejagt wird.“

Die agrarisch-deutschnational-katholische „Deutsche Tageszeitung“ jammert über die Verweltlichung der Schule:

„Die heutigen Nachhaber rütteln an den Kirchenstühlen und man wolle sie noch die Kinderseele nehmen, wollen den Sonntag daraus verlöschen und wollen das arme alte Rumpfen ihrer Partei in die Kinderseele stellen. Ist das das Andenken einer neuen Zeit, wenn Gott aus der Schule gejagt wird?“

Die Kinder im heutigen Deutschland hehelt sie:

„Man soll ihnen auch noch das Schönste genommen werden: die freigeschlenen Hände Gottes, die bittenden Augen des Heilands und die Weisheit, die vom Himmel träufelt auf die alten Schulbänke wie das erste Tauwässer des Frühlings. Man will ihnen die unerschütterlichen Grundlagen zerbrechen, auf denen ihre Herzen in den Himmel geben. Die Brücken, worauf ihre Jüngigkeit schwebt, wo der leichte Hauch Wandel ihrer Phantasie flattert, die Brücken, die von ihren Träumen gebaut sind.“

Sie rufst ihren Lesern ins Gehörnis, wie sie zum erstenmal die Geschichten aus der Bibel hörten und Kirchenlieder kennen lernten:

„Erinnert Ihr Euch noch? Gott nahm Eure Seele in seine Hand und spiegelte sich darin. — Und das soll nun alles gewaschen sein? Ihr wollt Euren Kindern dieses Blut zerlösen?“

Ausgerechnet auf Bibelgeschichten und Kirchenlieder, die ihr wohl das Wichtigste am Religionsunterricht sind, weißt die „Deutsche Tageszeitung“ hin! Wen packt nicht der Grimm, wenn er der Tränen gedenkt, die von Millionen deutscher Kinder um Bibelgeschichten und Kirchenlieder geweint worden sind? Es gehört eine tüchtige Portion Heißheit dazu, hier noch zu fragen: „Ihr wollt Euren Kindern dieses Blut zerlösen?“

Wer baut die A. E. G. Schnellbahn weiter?

Der einzige Zeit wurde berichtet, daß die A. E. G. Schnellbahn der Stadt Berlin und dem Zweckverband erklärt hat, daß der Weiterbau der Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln ihr unmöglich geworden sei. Daraufhin war eine einstweilige Verfügung gegen die Gesellschaft erteilt worden, die den Weiterbau anordnete. Das Kammergericht hat nun durch Urteil vom 15. März diese einstweilige Verfügung aufgehoben; ein Rechtsmittel gegen diese Entscheidung ist nicht gegeben.

Womit also festzustehen scheint, daß die Bahn Gesundbrunnen-Neukölln einmischen nicht weitergebaut wird. Es ist jetzt dringend erforderlich, daß sich der Zweckverband Berlin der Sache annimmt, bevor durch ein Verfall des Baues noch größere Kosten erwachsen.

Eine neue Luftverkehrssteuerordnung für Sachsen.

Von den sächsischen Körperkassen ist für Berlin-Schöneberg eine neue Luftverkehrssteuerordnung angenommen worden. Die neue Steuerordnung entspricht in allen wichtigen Punkten der im vorigen Monat in Berlin zur Einführung gelangten Luftverkehrssteuerordnung. Da anzunehmen ist, daß die nachgeschickte Genehmigung der Aufsichtsbehörden binnen kurzem erteilt werden wird, ist bestimmt mit dem Inkrafttreten der neuen Luftverkehrssteuerordnung noch in diesem Monat zu rechnen. Die steuerpflichtigen Betriebe — Luftschiffbetriebe usw. — werden darauf hingewiesen, sich auf die neuen Steuerfahnen einzurichten.

Strassenbahn nach Zehlendorf. Zehlendorf soll in absehbarer Zeit Anknüpfung an die Große Berliner Strassenbahn erhalten. Allerdings wird diese Verbindung zunächst nicht der allgemeinen Bevölkerung, sondern in erster Reihe der Goerzischen Fabrik-Arbeiterschaft zugute kommen, deren Arbeitsstätte sich in dem vom bebauten Ortsteil befindet und bisher ohne allen Verkehrsanknüpfung ist. Die Verhandlungen zwischen dem Zweckverband Groß-Berlin, der Großen Berliner Strassenbahn und der Stadtdirektion sind abgeschlossen; die Goerzische Fabrik soll für den Bau des Anknüpfes einen nennenswerten Zuschuß. Die Verbandssammlung Groß-Berlin wird sich bereits am nächsten Montag mit der Verlängerung der Großen Berliner Strassenbahn und dem Angebot eines Baukostenzuschusses beschäftigen.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag, den 28. März, von 11-4 Uhr für den allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben freien Zutritt.

Vollhochschule Neukölln. Der nächste Vortrag des Dozenten Dr. Frau (Reihe 1) — Grundfragen des Seelenlebens — findet am Montag, 29. März, statt.

Bris. Die Gemeindevertreterung beschloß, den Gemeindefeuerzuschlag von 300 auf 350 Prozent zu erhöhen, unter Abrechnung eines Antrages des Gemeindevorstandes, welcher eine Erhöhung auf 400 Prozent verlangt hatte. Gleichzeitig wurden die Gewerbesteuer, sowie die Grund- und Gebäudesteuer erhöht, letztere auf 4 pro Mille für bebauten und 7 pro Mille für unbebauten Grundstücke. Die unabhängigen Wimmien gegen die Erhöhung des Gemeindefeuerzuschlages, verlangten aber in derselben Sitzung die Erhöhung mehrerer Ausgabe-posten. Wirtschaftsbetrieben für die Gemeindearbeiter, Feuerungsanlagen für die Angestellten, sowie andere Lohn- und Gehaltsfragen wurden nach den Vorschlägen des Finanzausschusses geregelt. Eine beantragte Erhöhung der Entschädigung für die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts wurde mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Beschlossen wurde, dem Architekten Müller zwei Probekämpfer in passender Bauweise in Auftrag zu geben. Da eine rechtzeitig fertigstellung des Haushaltungspianos für 1920 nicht möglich ist, wurde beschlossen, den in der Gemeinde beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitern kann bis zur Beschaffung über den neuen Etat die Bezahlung bzw. Lösung, wie sie durch Besoldungsordnung, Tabelle usw. festgelegt ist, über den 1. April 1920 hinaus gezahlt werden. Ebenso sind alle durch bestehende Beschlüsse festgelegte und alle zur Aufrechterhaltung eines geordneten Geschäftsganges notwendigen Zahlungen aus der Gemeindefasse zu leisten. Dem Beamtentum wurde das Mißverständnis beseitigt, daß bei Reglung ihrer Angelegenheiten nach Berliner Muster bewilligt.

Gewerkschaftsbewegung

Nachrichten für Amerika-Auswanderer.

Die in Arbeiterkreisen weit verbreitete Annahme, daß Amerika noch das Land einer hellen Zukunft für sie sei, wird neuerdings wieder durch recht bemerkenswerte Mitteilungen als irrig widerlegt. So sind die Kosten der Lebenshaltung in Nordamerika dermaßen gestiegen, daß die Löhne in den meisten Fällen nicht mehr genügen, um dem Arbeiter mit Familie ein gerade noch auskömmliches Dasein zu gewährleisten. Das wird so gar amtlich bestätigt, denn nach den Untersuchungen des Bureau of Labor Statistics gehören zur Befreiung der einfachen Lebenshaltung 1800 Dollar, während das Jahreseinkommen in 18.000 Fällen, die amtlich untersucht worden sind, sich unter 1600 Dollar hält. Es sollen sich vielfach bereits die typischen Erscheinungen der Unterernährung zeigen. Das ist besonders bei den militärischen Aushebungen festzustellen.

Ueber die Zustände in Nordamerika berichtet der Brief eines Deutsch-Amerikaners, der sich bereits seit 45 Jahren im Staate New York befindet. Darin steht folgendes:

„Die Zeiten, da die Aussichten für den Neu-Einwandernden noch günstig waren, liegen weit zurück. Das vor 50 Jahren durch äußerste Kraftanstrengung — mühselos und in kurzer Zeit — erlangte Reichtum und Wohlstand auch in den Staaten niemals ermorben worden — möglich war, ist heute nicht mehr möglich. Die viele mühten aber auch schon damals ihr Bestes unvollendet zugrunde gehen lassen. In der Heimat waren sie Glieder eines Volkes gewesen, dort standen sie als Fremde den Fremden gegenüber. Von allen diesen Dingen ist niemals eine Kunde in die Heimat gedrungen, — wohl aber von den wenigen Auszubereiten, die ihr Glück machen durften. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird auch künftig in deutsche Einwanderer gebrauchen können und wollen. In diesem Sinne hat auch heute noch das Wort Dr. Kinleys, daß die Arbeit in den Staaten den Raum lüfte, seine Berechtigung. Doch wer heute als Fremder zum Erwerb nach dort hin kommt, der darf nicht fordern, noch wählen. Er muß sich in manchen Gegenden, besonders im dicht besiedelten Osten, begnügen mit dem Los, das man ihm als dem Fremden zugebilligt hat, als Arbeitskraft auf einem Arbeitsgebiet; verwendet zu werden, auf dem der amerikanische Bürger sich nicht betätigen will, wenn er eine Verteidigungsmöglichkeit für seine notwendigen Lebensbedürfnisse sucht. Ist seine Arbeitskraft verbraucht oder hat sie ihre Aufgabe erfüllt, dann kann er sehen, wo er bleibt. Es ist also kein Wunder, daß solche Leute, wenn sie ihre Hoffnungen getrübt sehen, sich gegen ihr Los aufbäumen.“

Zufällig sind an allen Ausständen, an denen gerade die letzten Monate überreich waren, die fremdbereitenden Elemente bei weitem am stärksten beteiligt gewesen. So erklären sich auch die Zeitungsbilder von den Tausenden von Amerikanern, die jetzt, aber sobald eine Möglichkeit sich ihnen bietet, heimkehren wollen. Noch heute trifft man in den Vereinigten Staaten in Wort, Schrift und Bild eine Hege gegen alles, was deutsch, und äußerst häßlich ist es für den Deutschen zurzeit, Arbeit und Verdienst zu finden. Keiner will deutsche Arbeitskräfte. Diese Stimmungen aber werden sich als letzte Ausläufer des Krieges in den einzelnen Menschen verlieren. Die Schranken, die heute noch der deutschen Einwanderung gesetzt sind, werden fallen, deutsche Arbeitskräfte werden wieder unentbehrlich sein, aber bestehen wird auch künftig ein und stetig erstarben der nationalistische Charakter der amerikanischen Bürgerschaft, der in dem Neu-Einwandernden vielfach nur den Fremden, eine notwendige Arbeitskraft sieht, nicht aber den Menschen, eine notwendige Arbeitskraft, die durch äußerste Kraftanstrengung bei der wirtschaftlichen Freiheit seine Bahn beschreiten können.“

Schneider und Gegenrevolution.

Der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer behandelt in seiner Nummer vom 23. März die Ereignisse aus Anlaß des gegenrevolutionären Buches. Unter voller Anerkennung der Meinungsfreiheit betont das Blatt:

Die Meinungsfreiheit wird und muß auch ferner von den Buchdruckern, als deren Vermittlern für alle Parteien und Gesellschaften, gewahrt werden — gegenrevolutionäre Ausdrücke jedoch werden stets das in ihre Hand gegebene Mittel tobdringender Unterbindung anwendungsbereit finden! So haben die Buchdruckergehilfen diesmal der Sache des Volkes gedient, so werden sie wieder handeln, wenn den reaktionären Volksverderbern je noch einmal ein Konterzettel

in anderer Weise einfallen sollte. Kein wirkungsvolles Druckmittel vermöchte da etwas zu helfen, die so viel bekannten Buchdrucker würden auch damit fertig werden.

In Leipzig mit seiner gerade eröffneten Technischen Messe, wo wohl die meisten, schwersten und andauerndsten Vorkämpferkämpfe in der Generalstreikwoche stattgefunden haben — leider auch unter Verlust des so vielen auswärtigen Kollegen ebenfalls bestens bekannten Volkshauses, dessen möglicher Wiederaufbau eine ganz erhebliche Trümmerstätte geworden ist —, war die Frage des Erscheinens der Tageszeitungen in der vorzunehmenden Weise gelöst worden. Sie galten als lebenswichtige Betriebe und waren nur an die Voraussetzung gebunden: nicht für die Kapp-Gewalt einzutreten und nicht gegen die kämpfende Arbeiterschaft zu schreiben. Bei der größten Leipziger Zeitung kam es einmal zur Intervention des Scherpersonals, bei dem ausgesprochen deutschnationalen Blatt zog aber erst das letzte Mittel. Die gleichen Personale hielten jedoch vor einigen Wochen streng an der korrekten Auffassung fest, daß man die Kapp-Gewalt nicht durch Verzicht auf die Freiheit der Presse ausstreifen dürfe. Das Erscheinen der Leipziger Zeitungen konnte jetzt indes nicht immer möglich gemacht werden, denn die in dem sehr großen Stadtkreis errichteten zahllosen Vorkämpferkämpfe nach dem Stadtkreisinnern zu und lagen meistens andauernd unter Feuergefecht, so daß sich die Zeitungsredaktionen mit Rücksicht ihrer Arbeitsstätten der größten Lebensgefahr aussetzten. . . . Jedenfalls ist das Kapitel „Buchdrucker und Gegenrevolution“, wenn die persönlichen Opfer und Entbehrungen in Hinsicht auf das, was auf dem Spiele stand, nicht das Ausschlaggebende sein dürfen, ebenso bedeutungsvoll wie ungetrübt.

Eine interessante Streitsache.

Die zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Arbeitgeberverband der deutschen Berufsvereinigungen schwebt, wird demnächst die zuständige Schlichtungsinstanz beschließen. Nach einem vom 1. April 1919 ab gültigen Tarifvertrage haben die in dem genannten Arbeitgeberverband vereinigten Berufsvereinigungen ihren Angestellten neben festen Bezügen einen beweglichen Zuschlag zu zahlen, der den schwankenden Verhältnissen der Volkswirtschaft und der dadurch bedingten wechselnden Kaufkraft des Geldes angepaßt werden kann. Der Zentralverband der Angestellten beantragte im Januar die zeitgemäße Heraushebung des beweglichen Gehaltszuschlags. Der Arbeitgeberverband lehnte jedoch jede Verhandlung ab und stellte sich auf den eigenartigen Standpunkt, daß der „Bewegliche“ Gehaltszuschlag nur Ablauf des bis zum 31. Dezember 1920 gültigen Vertrages nicht abgeändert werden kann. Außerhalb des Rahmens des Tarifs bewilligte jedoch der Arbeitgeberverband eine jederzeit widerrufliche Zulage, welche von den Angestelltenvertretern als gänzlich unzulänglich bezeichnet werden mußte. Die Angestelltenvertreter erklärten, daß sie die bewilligten Beiträge nur als einen Vorbehalt ansehen und im übrigen darauf bestehen, daß über eine zeitgemäße Erhöhung des beweglichen Gehaltszuschlags innerhalb des Rahmens des Tarifs verhandelt wird.

Der Standpunkt des Arbeitgeberverbandes, daß der bewegliche Gehaltszuschlag erst nach Ablauf des Tarifvertrages abgeändert werden kann, erscheint ohne weiteres heillos, wenn man berücksichtigt, daß nach Ablauf des Vertrages sämtliche Bezüge der Angestellten abänderungsfähig sind, und es hieß den Worten „Beweglicher Gehaltszuschlag“ Gewalt antun, wollte man seine Abänderungsfähigkeit vor Ablauf des Tarifs verneinen. Wäre, die bestehende Zulage zurückgegangen, so hätte der Arbeitgeberverband die Beweglichkeit des Gehaltszuschlags wahrscheinlich nicht bestritten, sondern sofort eine neue Zulage einsetzt, um den Zuschlag nach unten zu bewegen. Auf alle Fälle lehnen es die Angestellten ab, von dem „Wohlpollen“ der Arbeitgeber, wie es in der auf Widerruf gemachten Zulage zum Ausdruck gebracht ist, abhängig zu sein. Sie betrachten es vielmehr als ihr Recht, eine ausreichende Bezahlung zu fordern.

Der Streik in der Herren- und Damenmaschneiderei.

Am Freitagvormittag tagte im Behindererhaus eine sehr stark besuchte Versammlung der streikenden Damenmaschneiderinnen. Der Referent Schumacher bezeichnete die Lage des jetzt in der vierten Woche währenden Streiks als durchaus günstig. Ueber 200 Firmen mit mehr als 1400 Beschäftigten hoben die Forderungen anerkannt. Eine unverbindliche Aussprache mit der Leitung des Arbeitgeberverbandes hat stattgefunden.

den Verhandlungen über die Forderungen der Streikenden werden voraussichtlich heute oder morgen beginnen. Vor Abschluß der Verhandlungen ist an eine Wiederaufnahme der Arbeit natürlich nicht zu denken.

Die Ausführungen der Diskussionsredner sowie die Stimmung der Versammlung ließen keinen Zweifel darüber, daß die Streikenden entschlossen sind, bis zur Erreichung eines befriedigenden Ergebnisses im Kampf auszuharren.

Rechnungstag bei der Post. Unter dieser Überschrift brachte die „Berliner Morgenpost“ in ihrer Nr. 74/84 eine Notiz, worin betont wird, daß die unteren Post- und Telegraphenbeamten die Wiederaufnahme des Rechnungstages beschlossen hätten. Wie aus dem Vorband der unteren Post- und Telegraphenbeamten mitgeteilt wird, hält derselbe am Rechnungstag fest. Es handelte sich im vorliegenden Fall lediglich um Befehle der mittleren Beamten. Letztere hätten in der Kapp-Mittwoch-Woche völlig verfehlt, trotzdem die Organisation sich am Sonntag, den 14. März, für den Eintritt in den Streik entschieden habe. Es sei sogar vorgekommen, daß untere Beamte infolge von Denunziationen mittlerer Beamten verhaftet worden wären. Die Geltung des Rechnungstages für mittlere Beamte habe lediglich den Zweck, die verlängerte Arbeitszeit auf die unteren Post- und Telegraphenbeamten abzuwälzen. Insofern wäre es Aufgabe der Regierung, für die strikte Durchführung des Rechnungstages auch bei den mittleren Beamten Sorge zu tragen.

Zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrage für das Holzgewerbe in Berlin und Umgegend ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 ab zwischen den Vertragsparteien ein Nachtrag vereinbart worden. Der entsprechend dem Nachtrag abgeänderte Tarifvertrag wird für das Holzgewerbe in dem Gebiet für allgemein verbindlich erklärt, das durch eine folgende Liste verbindende Linie begrenzt wird: Fürstentum, Strausberg, Verneuchen, Bernau, Oranienburg, Rauen, Werder, Jossen und Königsmusterhausen. Die genannten Orte fallen in das Gebiet.

Die „gewerkschaftliche“ Arbeit der Deutschenationalen.

Zu dem im August 1919 abgeschlossenen Tarifvertrage für die Angestellten der Groß-Berliner Baumaterialienbranche forderten die Organisationen der kaufmännischen Angestellten Anfang Januar dieses Jahres monatliche Teuerungszulagen, da mit den feinergetzt bewilligten Gehältern ein Auskommen unmöglich war. Es wurden Zuschläge von 200 bis 300 M. auf die Tarifgehälter gefordert.

Auf diese Forderungen erwiderte der Arbeitgeberverband dieser Branche, daß er sich in diesbezüglichen Verhandlungen nicht einlassen könne. Er sei aber bereit, eine monatliche Vergütung von 20 Prozent auf die tariflich festgelegten Sätze freiwillig zu gewähren.

Während sich der Zentralverband der Angestellten mit dieser Stellungnahme der Arbeitgeber nicht einverstanden erklärte, sondern es nochmals mit Verhandlungen versuchte, war der Deutschnationale Handlungsbündnisverband so hoch erfreut über das „Entgegenkommen“ der Arbeitgeber, daß er sich sofort mit den grüdigst bewilligten 20 Prozent einverstanden erklärte. In der Nummer 2 seines Verbandsorgans, der „Brandenburgischen Wacht“, bringt er auf Seite 14 einen diesbezüglichen Artikel und überläßt es darin seinen Mitgliedern und den Angestelltenauschüssen, sich bei den einzelnen Firmen selbst mehr zu erbitten.

Dem tatkräftigen Eingreifen des Zentralverbandes der Angestellten ist es aber nun doch gelungen, die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu bringen, und wurde auch ein ganz schönes Verhandlungsergebnis erzielt. Dasselbe diesem Eingreifen bekommen die Angestellten in der Baumaterialienbranche ab 1. Januar d. J. monatliche Teuerungszulagen von 185 bis 280 M.

Diese Tatsache zeigt wieder einmal, wie es mit der sogenannten „praktischen Gewerkschaftsarbeit“ des Deutschen Handlungsbündnisverbandes steht.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Heute, 26. März:

Charlottenburg. Generalversammlung des Wahlvereins 7 Uhr im „Vollmond“. Tagesordnung: Die politische Lage und die kommenden Reichstagswahlen; Bericht und Reumahl des Vorstandes.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Arthur Adler, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin.

KUNLA-PIANOS
Verkauf direkt ab Fabrik-Magazin
N 31, Watzstr. 17-18

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33. — vis-a-vis der Markthalle —
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.
Technikum Eutin.
Maschinenbau und Baufach, Sonderkurse zur Vorbereitung der Schulzeit.

Elektro-Motore
Schellack, Leim
kauft jedes Quantum
Deutscher Platz,
Berlin, Unter den Eichen 75.
Telephon: Röhricht 3190.

Möbel
Barthel
gegenüber dem
und am Teilungsbau
haben seit 30 Jahren.
Rosenfelder Straße 34.

Vioparfa'Zahn-pasta
Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate
Viola Parfümerie-Fabrikation, Berlin 50, 18, Cöpenicker Straße 112, Moritzplatz 119/1

Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.
höchstzahlend
Wabmannstraße 22.

Verkäufe
Bellez Bücher, Antiquitäten, etc.
Kaufmannswaren, etc.
Kaufmannswaren, etc.

Möbel
Einzelstücke, etc.
Kaufmannswaren, etc.

Kaufgesuche
Mantel, etc.
Kaufmannswaren, etc.

Einzelstücke
Kaufmannswaren, etc.

Unterricht
Kaufmannswaren, etc.

Arbeitsmarkt
Kaufmannswaren, etc.